

Anlässlich der ver.di-Demonstration am 5. Dezember in Hamburg:

Wer über den Schill-Senat redet, darf zu Hartz & Schröder nicht schweigen



Vereinte
Dienstleistungs-
gewerkschaft

Landesbezirke
Hamburg und Nord
20097 Hamburg
Besenbinderhof 60
Fon 040/28 58-508
Fax 040/28 58-499

Fachbereich
Medien, Kunst
und Industrie (FB 8)
OV Hamburg
Vorstand

Die Vorschläge der Hartz-Kommission sind die umfassendsten Angriffe auf den Sozialstaat seit Bestehen der Bundesrepublik. Ihre Auswirkungen werden nicht nur die Erwerbslosen treffen:

Alle Beschäftigten geraten unter massive Konkurrenz der Billig-Anbieter von Arbeitskraft, Leiharbeitern und Scheinselbstständigen, die Tarife unterlaufen.

6 Milliarden Euro will die rot-grüne Regierung einsparen. Unter anderem sind massive Einschnitte bei der Arbeitslosenhilfe und gekürzte Bezüge für Erwerbslose, die sich weiterbilden, geplant. Und alle, die jetzt schon zu Niedriglöhnen arbeiten müssen, werden demnächst erleben, dass ihr Einkommen noch weiter sinken kann.

Die Lebensbedingungen der Arbeitslosen werden sich weiter verschlechtern: Kürzungen der Lohnersatzleistungen, verschärfter Druck zur Annahme mieser Jobs, erzwungene Berufswechsel, weitere Deregulierung des Beschäftigungs-systems durch Ausweitung prekärer Niedriglohn- und Dienstbotenbeschäftigung, Repressalien bis hin zum erzwungenen Umzug an irgendeinen Ort der Republik, Förderung neuer Formen von Scheinselbstständigkeit.

Die Vorschläge der »Hartz-Kommission« werden gegenwärtig als Gesetze im Eiltempo durchgepeitscht, damit sich möglichst kein Widerstand formiert. Deshalb verpaßt Schröder den Gewerkschaften Maulkörbe: *»Die Vorschläge dürfen jetzt nicht zerredet werden.«*

Die Arbeitslosigkeit ist kein Vermittlungsproblem

In der BRD herrscht seit über 25 Jahren Massenarbeitslosigkeit. Die Ursachen sind:

- sinkendes Wirtschaftswachstum,
- Rationalisierung,
- Verlagerung von Produktion in Billig-Lohn-Länder
- Fusionen, mit der Folge von Massenentlassungen

Sie ist ein Problem dieser kapitalistischen »Marktwirtschaft«. Die Folgen: Zirka 7,5 Mill. Arbeitssuchende zählen wir zur Zeit, davon 4 Millionen beim Arbeitsamt gemeldet. Doch nach der Logik des Hartz-Konzeptes sind nicht die fehlenden Arbeitsplätze das Problem, sondern Vermittlungsprobleme, die deren Besetzung verhindern. Und die liegen – aus der Sicht der Hartz-Gutachter – vor allem darin begründet, dass Erwerbslose zu teuer, zu wenig motiviert und »Faulenzer« (Schröder) sind. Begutachtet wird aus der Sicht derer, die die Massenarbeitslosigkeit zu verantworten haben.

Die Regierung will dies Problem mit Repressalien gegen Erwerbslose »lösen«: Die Zahlungen an sie sollen in hohem Tempo auf ein Niedrig-Maß abgesenkt werden – eine Lösung allein im Sinne der Staatskasse, gegen die Interessen der Erwerbslosen und ihrer Familien. Die Hartz-Vorschläge reduzieren die Massenarbeitslosigkeit nicht, im Gegenteil: Durch eine bessere Organisation der Reservearmee (PSA-Agenturen, »Ich-AGs«) können die Unternehmer die Stammebelegschaften weiter abbauen und die Löhne/Gehälter drücken.

Die Behauptung der Hartz-Kommission, dass innerhalb der nächsten 3 Jahre eine Senkung der Arbeitslosenzahlen um 2 Millionen möglich sei, kann sich nur in der Statistik realisieren, nicht in der Wirklichkeit. Aus der Kritik der ver.di-Landesbezirksleitung NRW vom 31. Juli: *Nur »eine Reduzierung der Arbeitslosigkeit allein in der Statistik durch Aussteuerung von Arbeitslosen über sog. »Ich-AGs«, »Mini-Jobs« und die geplanten Personal-Service-Agenturen (PSA) kann das Ergebnis sein – und wir müssen annehmen, dass das auch so gewollt ist. Durch die geplante Deregulierung des Arbeitsmarktes und die (abermals) verschärften Zumutbarkeits-*

regelungen werden keine neuen Arbeitsplätze geschaffen, sondern nur der Druck auf die Arbeitslosen erhöht.«

Warum kuschen unsere Gewerkschaftsführungen?

Die Kritik der Gewerkschaftsspitzen an den Vorschlägen der Hartz-Kommission ist im Vorfeld der Bundestagswahlen verstummt. Der ver.di-Vorstand erklärte kurz vor der Wahl: *»Statt die Arbeitslosen weiter im Regen stehen zu lassen, hat die Kommission über innovative und ungewöhnliche Vorschläge zum Abbau der Arbeitslosigkeit beraten und gestritten. Die Beteiligten haben ein Zukunftspaket geschnürt, das in entscheidenden Punkten unsere Handschrift trägt... Wir erwarten insbesondere von den Arbeitgebern, dass sie die neuen Spielräume wahrnehmen.«* Das ist die offene Aufforderung an die Unternehmer, die Konkurrenz zwischen den Erwerbslosen zu verschärfen und die neuen Billiglohn-Beschäftigten in die Betriebe zu holen.

Den Mitgliedern sagen, was auf die abhängig Beschäftigten zukommt.

In vielen DGB-Gewerkschaften gärt es mittlerweile an der Basis. Allein bei ver.di haben ganze Landesbezirke (Bayern, NRW, Südhessen) die Hartz-Vorschläge abgelehnt, ebenso die gewerkschaftlichen Fachgruppen im Gesundheitswesen Berlins. Der Bezirksvorstand von ver.di Südhessen fordert in einem Beschluss vom 16.9.02 u.a., *»dass ver.di und der DGB ihre Unterstützung für die Hartz-Pläne zurückziehen und statt dessen die Gewerkschaftsmitglieder, Beschäftigten und Arbeitslosen aufklären und dagegen mobilisieren.«* In einer Resolution vom 26.11.02. fordert der IG BAU Ortsverband Hamburg Nord den Bundesvorstand der IG BAU und die regionalen DGB-Strukturen u.a. dazu auf, *»sofort jegliche Unterstützung und jede positive Kommentierung des so genannten Hartz-Konzeptes zu unterlassen«* und *»umgehend eine Kampagne gegen das Hartz-Konzept zu initiieren.... Werdet wach – kämpft mit und nicht gegen uns – für soziale Gerechtigkeit!«*

Die Versammlung des verdi-Ortsvereins FB Medien, »Letzter Mittwoch« schloss sich am 27. November diesen Forderungen an und betont zusätzlich:

Die Hartz-Pläne sind nicht zu verbessern oder von Giftzähnen zu befreien. Sie sind von ihrem Grundansatz gegen alle Beschäftigten und Erwerbslosen gerichtet. Da wir meinen, dass Gewerkschaften Organisationen zur Vertretung ihrer Mitglieder sind, halten wir es für gewerkschaftsschädigend, wenn der DGB-Vorsitzende Sommer in der Wahlnacht gegenüber dem SPD-Kanzler Schröder bedingungslose Unterstützung bei der Umsetzung zusicherte.

Wendet Euch an Eure Gewerkschaftsführungen:

- Verlangt qualifizierte Aufklärung über die Hartz-Vorschläge und geplanten Gesetze.
- Verlangt, dass diese Aufklärung ab sofort Thema Eurer Betriebsversammlungen wird.
- Verlangt betriebs- und branchenübergreifende Versammlungen zum Thema »Hartz-Vorschläge« und ihre Bekanntgabe in den Betrieben.
- Verlangt, dass sich keine Gewerkschaftsvertreter an der Umsetzung dieser Vorschläge beteiligen und dass keine Gewerkschaftsvertreter an der Rürup-Kommission zur Renten-Reform teilnehmen.
- Verlangt, dass die Zusammenarbeit der Gewerkschaftsgremien mit den Arbeitslosen und ihren Initiativen verbessert wird.

Informiert bitte den Ortsvereins-Vorstand verdi FB Medien Hamburg über Eure Maßnahmen und die Reaktionen darauf.

Hamburg, den 5. Dezember 2002

ver.di Fachbereich Medien, Kunst und Industrie,
Ortsvereinsvorstand Hamburg
Sprecher des ver.di Erwerbslosenrates Hamburg
Koordinierungsausschuss Hamburger Erwerbsloseninitiativen